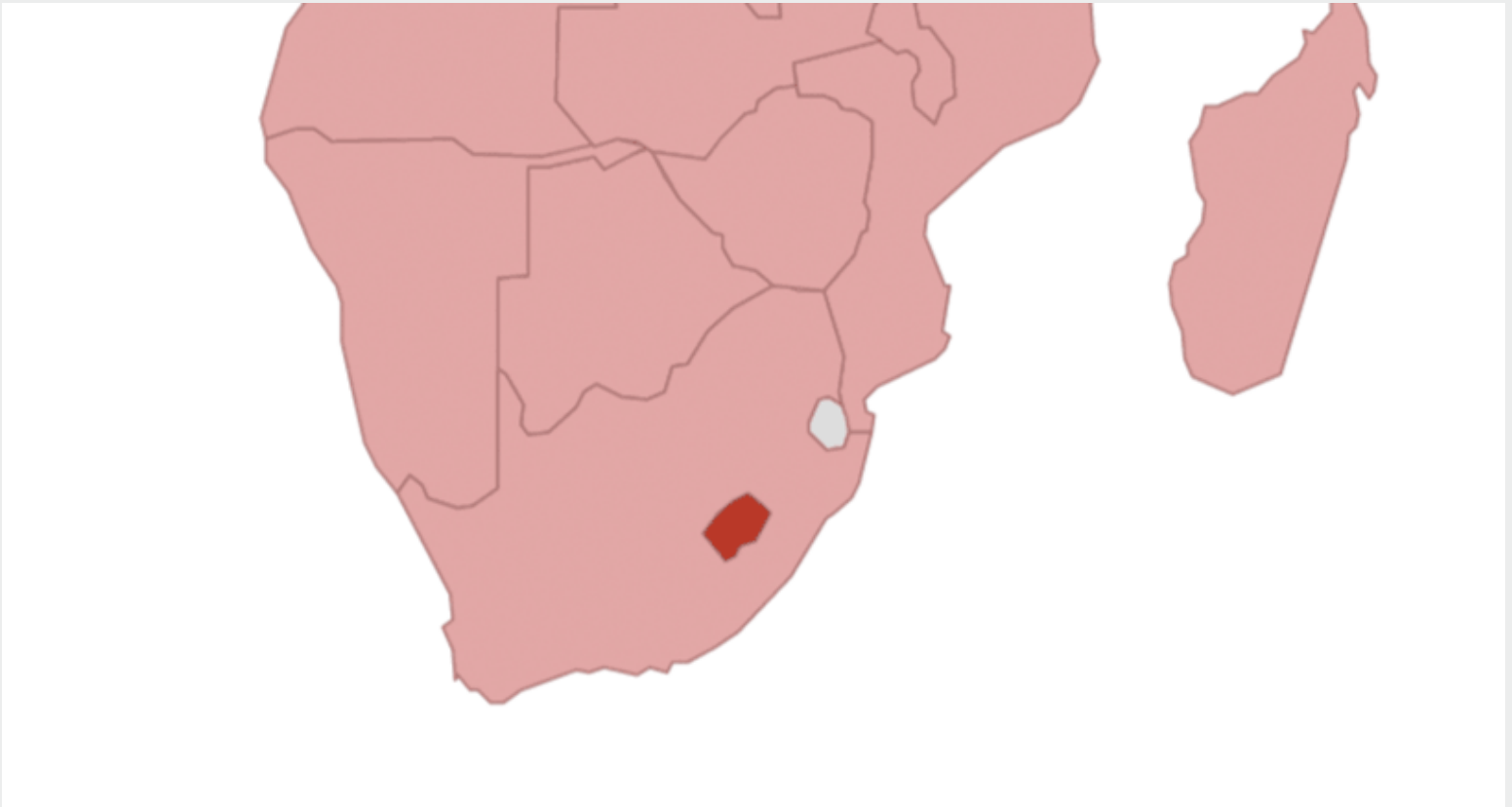




- NACHHALTIGE
INFRASTRUKTUR
- STAAT UND
DEMOKRATIE



Lesotho

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH unterstützt seit 1976 die deutsch-lesothische Zusammenarbeit. Aktuell arbeiten 33 nationale und drei internationale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dem Land (Stand 31.12.2018).

PROJEKTDATEN



Lesotho

Lesotho gehört zu den ärmsten Ländern der Welt; seit der Unabhängigkeit 1966 hat es immer wieder teilweise gewalttätig ausgetragene politische Spannungen gegeben.

Weil die instabile politische Lage die Handlungsfähigkeit der Regierung einschränkt, gehen viele Entwicklungen im Land nur schleppend voran. Auf den wenigen landwirtschaftlichen Flächen werden nicht genügend Lebensmittel für die Bevölkerung produziert. Lesotho importiert deshalb rund 70 Prozent seiner Nahrungsmittel.

Grundlegende öffentliche Dienstleistungen stehen außerhalb der Hauptstadt Maseru nur eingeschränkt zur Verfügung. Grund hierfür ist die starke Zentralisierung des Staates; außerhalb Maserus fehlen Kompetenzen und Ressourcen für die Verwaltung kleiner Städte und Kommunen. Eines der größten Probleme des Landes stellt jedoch die Ausbreitung von HIV dar. Fast jeder vierte Erwachsene ist infiziert, die Zahl der Aids-Waisen steigt stetig an. Trotz der hohen Arbeitslosigkeit vor allem in den Städten und ihrem Umland herrscht ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften.

Um diesen Problemen zu begegnen, hat Lesotho eine nationale Entwicklungsstrategie verabschiedet, deren zentrale Elemente ein schnelleres wirtschaftliches Wachstum, die Schaffung von

Arbeitsplätzen, verbesserter Zugang zu qualitativ guten öffentlichen

Dienstleistungen, die Dezentralisierung sowie die Bekämpfung von HIV und Aids sind. Die GIZ unterstützt Lesotho, überwiegend im Auftrag der Europäischen Union, bei der Umsetzung der Strategie. In allen Vorhaben der GIZ in Lesotho spielen Genderaspekte und der Kampf gegen HIV/Aids eine große Rolle.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind:

- Dezentralisierung und Kommunalentwicklung
- Bürgerbeteiligung und politische Bildung
- Grenzüberschreitendes Wassermanagement
- Soziale Sicherungssysteme
- Energieeffizienz und erneuerbare Energien